

FreiBrief aus Berlin

Mai 2019



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26. Mai finden die Europa- und Kommunalwahlen statt. Andreas Schwab bewirbt sich als Spitzenkandidat der CDU Südbaden erneut um ein Mandat im Europäischen Parlament. Mit ihm haben wir einen Kandidaten, der bei seinem politischen Handeln stets die Heimat im Blick hat und die Zukunft Europas vorantreibt. Durch eine vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit stellen wir sicher, dass wir eine Politik „aus einem Guss“ machen. Als CDU trennen wir die politischen Ebenen nicht künstlich auf, sondern führen zusammen, was zusammen gehört. Ich bitte Sie: Machen Sie in den kommenden Wochen Werbung für Andreas Schwab und die CDU.

Stolz bin ich auch auf die vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger, die auf kommunaler Ebene kandidieren werden. Die Kommunalpolitik ist das Herzstück demokratischen Handelns. Damit schaffen wir den Grundstein für all das, was vor Ort auf regionaler und lokaler Ebene passiert. Machen Sie am 26. Mai von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und unterstützen Sie die Kandidaten der CDU. Vielen Dank!

Herzlichst

Asylklageverfahren beschleunigen, Leistungen für Asylbewerber kürzen



Der von Horst Seehofer vorgelegte Gesetzentwurf zur Vereinfachung und Beschleunigung von Asylklageverfahren hat die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das von Katarina Barley geführte Bundesjustizministerium sollte sich nicht gegen eine zügige Beratung sperren. Wir haben in den vergangenen drei Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Dauer der Asylverfahren zu senken und damit für die Antragsteller rasch Klarheit zu schaffen. Durch einen gewaltigen Personalaufwuchs beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist es uns gelungen, die große Zahl der Altverfahren abzubauen und die durchschnittliche Dauer eines neuen Verfahrens auf inzwischen drei Monate zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund darf es nicht sein, dass es durch sehr lange Gerichtsverfahren am Ende zu einer Verfestigung des Aufenthaltsstatus kommt. Denn diese Verfahren dauern im Durchschnitt fast ein Jahr, führen aber nur in rund 14 Prozent der Fälle zu einer Aufhebung des BAMF-Bescheides. Das Interview, das ich am 10. April 2019 in der „Welt“ gegeben habe, greift dieses Thema ebenso auf. Außerdem fordere ich ein deutlich schärferes Vorgehen gegen die Sekundärmigration von Flüchtlingen. Die schon in anderen EU-Ländern einen Asylantrag gestellt haben, durch eine deutliche Absenkung der Leistungen für solche Asylbewerber. Denn wenn wir EU-Bürgern, die zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen, Hartz IV verweigern können, müssen wir das auch für Asylbewerber tun, die bereits in einem anderen EU-Land einen Antrag gestellt haben. Vor allem für in anderen EU-Ländern schon anerkannte Asylbewerber, die zu uns weiterreisen, müssen die Leistungen auf eine Rückfahrkarte begrenzt werden. Zum Artikel kommen Sie [hier](#).

Mietpreisbremse, Mietendeckel oder Enteignung lösen bestehende Wohnungsnot nicht



Der angespannte Wohnungsmarkt belastet viele Familien in Deutschland. Der Immobilienkauf ist für viele Familien kaum zu finanzieren. Ständig steigende Mieten sorgen oftmals dafür, dass Menschen bis an die finanzielle Schmerz- und Belastungsgrenze gehen oder in kleinere Wohnungen umziehen müssen. Die von den linken Parteien eingebrachten Lösungsansätze gehen meiner Meinung nach in die völlig falsche Richtung. Denn eine Verschärfung der Mietpreisbremse, lokale Mietendeckel und Enteignungen bringen keine einzige neue Wohnung. Dies ist ideologischer Irrsinn und löst keine Probleme. Vielmehr muss neuer Wohnraum geschaffen werden und das geschieht nur durch mehr Bauen. Dafür müssen wir auf die Marktwirtschaft und ihre Kräfte vertrauen. Deshalb hat die Union auf die Einführung des Baukindergeldes gedrängt und drängt weiter auf Entlastungen bei der Grunderwerbssteuer. Außerdem wollen wir die Möglichkeit zur Aktivierung von Bauland in Innenstadtlagen und Außenbereichen weiter verbessern. Dabei sind uns insbesondere Vorgaben wie überdachte Fahrradständer oder Zwangsbegrünungen, die den Wohnungsbau teuer und unattraktiv machen, ein Dorn im Auge. Außerdem müssen die Länder ihre Hausaufgaben machen, denn der soziale Wohnungsbau ist seit 2006 originäre Aufgabe der Länder. Die vom Bund bereitgestellten Milliarden werden von den Ländern teilweise nicht abgerufen oder für andere Zwecke genutzt. Allein im Jahr 2017 haben wir 1,5 Mrd. EUR für den sozialen Wohnungsbau überwiesen. Davon hätten 45.000 Sozialwohnungen gebaut werden können. Tatsächlich wurden aber nur 26.231 gebaut.

Schüler aus Donaueschingen und St. Georgen zu Gast in Berlin



Schülerinnen und Schüler der Donaueschinger Eichendorffschule und des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum aus St. Georgen besuchten mich im Rahmen ihrer Abschlussfahrt in Berlin. Erste Station im Bundestag war jeweils ein Besuch des Plenarsaals, bei dem Grundlegendes zur Arbeitsweise des Parlaments durch einen Gästeführer des Bundestages vermittelt wurde. In den folgenden Diskussionen mit den Schülern ging es unter anderem um das Hartz4-System, Werte in der Politik sowie Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wie so oft in den vergangenen Wochen war die Sorge der jungen Menschen in Bezug auf die EU-Urheberrechtsreform im Zentrum verschiedener Fragen. Den Abschluss markierte ein Besuch der Kuppel, die dank freier Sicht ein herrliches Panorama über die Spreemetropole bot. Auf dem weiteren Programm der Schüler, die in Berlin Mitte und Friedrichshain für die Tage in der Bundeshauptstadt untergekommen sind, standen unter anderem ein Besuch des DDR-Museums, des Stasi-Museums, der Mauergedenkstätte, ausgiebige Stadtpaziergänge, Jugend-Disco im Matrix-Club, ein Abstecher auf den Fernsehturm sowie eine Spreerundfahrt.

EU-Urheberrechtsrichtlinie schafft Gratwanderung zwischen Freiheit des Netzes und Wahrung der Urheberrechte



Kaum eine rechtspolitische Debatte bestimmt die Straßen, das Netz und den öffentlichen Diskurs so wie

das der Artikel 13 bzw. der neue Artikel 17 der EU-Urheberrechtsrichtlinie. Bezogen auf den Inhalt der Richtlinie betonte ich in meiner Rede, dass das Ergebnis ein Kompromiss ist, um den mehr als 2 Jahre in Brüssel und Strasbourg gerungen wurde. Dennoch schafft die Richtlinie aus meiner Sicht durchaus den schmalen Grat zwischen der Freiheit des Netzes auf der einen Seite und dem legitimen Schutz von Urheberinteressen auf der anderen Seite, sodass diejenigen, die als Schriftsteller, als Kreative, als Musiker, als Künstler geistiges Eigentum schaffen, davon auch entsprechend profitieren können. Deshalb muss man ganz klar sagen, ist es jedenfalls eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo. Bisher liegt die Haftung ausschließlich beim User. Mit der Neuregelung wird sie dahin verlagert, wo auch das Geld verdient wird, nämlich auf die Ebene der Plattformen, bei denen mit Werbung Milliardenbeträge verdient werden. Dort ist sie richtig angesiedelt. Darüber hinaus ist die Frage zu stellen, wie man das Ganze umsetzt. CDU und CSU werden nun schauen, welche Möglichkeiten bestehen, eine Lösung zu finden, die nicht auf Blockieren, sondern auf Bezahlen setzt, indem man mit Lizenzrechten arbeitet, wie es heute bereits im Bereich von Musik ganz üblich und akzeptiert sei. Dabei ist für mich völlig klar, dass die Befürchtungen, die es in der Bevölkerung gerade bei jungen Menschen gibt, natürlich ernst genommen werden und dass Lösungen gefunden werden, die nicht nur die großen Plattformen im Blick haben, sondern auch die kleineren. Es muss gewährleistet werden, was auch in der Richtlinie ausdrücklich erwähnt ist: Rezensionen, Kritik, Parodien, Karikaturen müssen selbstverständlich ungeschmälert im Netz verfügbar sein. Da darf es keinen Eingriff in die Meinungsfreiheit geben.

Praktikumsbericht von Dominik Stephan aus Villingen-Schwenningen



Mir ist es ein besonderes Anliegen, jungen Menschen einen Blick hinter die Kulissen des politischen Gestaltungsorts Bundestag zu ermöglichen. Ich freue mich

sehr, dass Dominik Stephan aus Villingen-Schwenningen diese Chance ergriffen hat und an Arbeitsgruppen, öffentlichen Anhörungen und Ausschüssen teilnehmen und den Ablauf politischer Prozesse hautnah miterleben konnte. Themen waren unter anderem die Blockchain-Technologie und Lösungsstrategien bei Cyberkriminalität. Insbesondere bei jungen Menschen wecken digitale Themen ein hohes Interesse. Ein besonderes Highlight war sicherlich der Besuch im Europaausschuss, bei dem er den Außenminister Nord-Mazedoniens, Nikola Dimitrov, direkt vor Ort erleben konnte.

Donaueschinger Bürgermeister Kaiser verabschiedet



36 Jahre war Bernhard Kaiser Bürgermeister Donaueschingens, neun Jahre davon habe ich als Oberbürgermeister Donaueschingen mit ihm sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Im April wurde er nun offiziell in den Ruhestand verabschiedet und mit der goldenen Medaille der Stadt für seine Verdienste ausgezeichnet. Bei dieser Gelegenheit betonte ich als Teil einer Talkrunde von (ehemaligen) Oberbürgermeistern und Landräten, dass Bernhard Kaiser deutliche Spuren in der Stadt hinterlassen habe. Für mich ist Bernhard Kaiser nicht nur ein Baufachmann, sondern ein toller Kerl, der zu Donaueschingen wie die Faust aufs Auge passte und als Bürgermeister ein Glücksfall für Donaueschingen war. Bernhard Kaiser hatte auch im Gemeinderat immer viel Unterstützung gehabt, obwohl er die Dinge beim Namen nannte. Er war klar und deutlich, das wurde geschätzt. Beeindruckend war, dass Bernhard Kaiser seine Erfahrung einbrachte, aber immer offen für Alternativen war und nie sagte, dass man Dinge immer schon so gemacht habe.

Gratulation zu 40 Jahre Musikschule Wolfach



Im Rahmen einer Matinee hat die Musikschule Wolfach ihren 40. Geburtstag gefeiert, bei der ich zu den Gratulanten zählte. In meinem Grußwort betonte ich die außergewöhnlichen Leistungen und die gesellschaftliche Bedeutung von Musikschulen, die man nicht hoch genug einstufen kann. Die recht hohen Zuschüsse seitens der Kommunen für die Musikschulen sind für mich gut angelegtes Geld, da hier Kinder und Jugendliche auch in Dingen wie Disziplin, Durchhaltevermögen und Konzentration für ihr späteres Berufsleben geschult werden, wovon letztlich die ganze Gesellschaft profitiert. Positiv wertete ich zudem, dass sich die Musikschule von Beginn an auch Erwachsenen öffnete. Hier hat man mit Blick auf die niedrige Geburtenraten und die damit verbundene demografische Entwicklung schon 1979 sehr viel Weitblick bewiesen.

Politischer Austausch mit IHK und Staatssekretär Thomas Bareiß



Eine attraktive touristische Infrastruktur dient nicht nur den Gästen aus aller Welt, sondern steht auch für die hohe Lebensqualität in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Auf meine Einladung führten wir einen

politischen Austausch mit Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär und Tourismusbeauftragter der Bundesregierung und dem Tourismusausschuss der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg im Hotel Öschberghof in Donaueschingen. Es ging darum, wie zukünftige Herausforderungen gemeistert werden können – und welche Hindernisse dafür konkret aus dem Weg geräumt werden müssen.

Besuch bei Tannenhof in Niedereschach



Beim Betriebsbesuch „Tannenhof“ in Niedereschach sprach ich mit den Inhabern Hans und Markus Schnekenburger über die aktuellen Herausforderungen der Fleischproduktion und der des Schwarzwälder Schinkens im Besonderen. In seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Schutzverbandes der Schwarzwälder Schinkenhersteller e.V. lud Hans Schnekenburger auch den Geschäftsbereichsleiter des ebenfalls in meinem Wahlkreis liegenden Schwarzwaldhofes in Blumberg, Andreas Göhring, mit ein. Der Schutzverband eint das Ziel, den Schwarzwälder Schinken weltweit zu vermarkten und darauf besonders auf Qualität und Echtheit Wert zu legen.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag, 21. Mai 2019 ab 14.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Bereits einen Tag vorher, 20. Mai, führe ich um 18.45 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



[thorsten.frei](https://www.instagram.com/thorsten.frei)



Thorsten Frei